



Politischer Stillstand in Fuchsen
Hofkanzler Kleinfuchs findet nicht genug
Regierungsmitglieder
Seite 2



Wieder geteilt
Die Lage in Chinopien
spannt sich wieder an
Seite 3

internationale Zeitung
devrijheid

Freitag, 25. April 2014 (47)
Zeitung der Kleinfuchs-AG in Fuchsen
FM: 1.40, USD: 2.50, AE: 2.55, RM: 3.00, ARW: 4.00

Weltfriedenskonferenz in Bergen

Die Republik Bergen lädt zu einer internationalen Weltkonferenz am 28. April (Montag) ein. Erstes Gesprächsthema wird womöglich die Polkrise sein. Auch über die Gründung eines neuen RdN mag vielleicht gesprochen werden.



Freie Stadt Bergen. Am 15. April hat der Staatspräsident der Republik Bergen Lukas Landerberg den meisten Ländern der Welt ein Schreiben geschickt, in dem er zu einer »Weltfriedenskonferenz« einlädt. In diesem Schreiben, dessen Inhalt zum Teil auch den Medien zugeführt worden ist, schreibt Landerberg, er sei besorgt darüber, »wie Auseinandersetzungen um den Status der Polgebiete immer weiter die Stimmungslage auf der Welt verschlechtern«. Die »Sicherheit unser aller Völker« werde so in Gefahr gebracht. Weiter schreibt Landerberg in seinem Schreiben, dass er darum gebeten worden sei, eine solche Konferenz auszutragen. Besonders erwähnenswert ist die Unterstützung der Konferenz durch Andro.

Diese Konferenz findet nun am kommenden Montag statt. Laut der Internationalen Nachrichtenagentur INA haben bereits mehrere Teilnehmerstaaten signalisiert, dass die Konferenz definitiv nicht mit der Polkrise begrenzt sein wird. So sei neben der Gründung eines neuen Rates der Nationen (RdN) auch ein Gespräch über die Etablierung einer Archivgesellschaft im Gespräch. Dennoch muss unterstrichen werden, dass die Konferenz in Bergen diesmal eine gewisse Wichtigkeit trägt. Sie könnte die Polkrise letztendlich doch lösen, oder wenigstens eindämmen. Schwierig scheint aber die Gründung eines neuen Rates für die Nordpole oder aber die Schließung eines neuen Vertrages; sind die Staaten der aktuellen Polkonvention doch dafür bekannt, an ihrer Konvention festhalten zu wollen, weshalb eben nicht zuletzt die Gründung eines neuen RdN von vielen Ländern vorgeschlagen wird. Schlussendlich wird man sich allerdings daran erinnern müssen, warum der erste Rat der Nationen damals überhaupt aufgelöst wurde. *De Vrijheid* wird von der Konferenz berichten.

TRANORA stößt auf Widerstand des US-Kongresses

Das Bündnis zwischen den USA und der Demokratischen Union stößt in der USA auf politischen Widerstand.

Astoria City. Die Gründung des Transnordanikrates gestaltet sich zurzeit nicht so leicht, wie es sich der US-Präsident Varga wünschen würde. Im Kongress der Vereinigten Staaten stößt das Bündnis zwischen den USA und der DU auf Kritik und wird in vielerlei Hinsicht kritisiert. »Der Transnordanikrat [...] soll die Partnerschaft zwischen unseren beiden Staaten stärken. [...] Dabei werden die Partner auf allen Ebenen profitieren können, sei es im Bereich der Wirtschaft, der Strafverfolgung, der Forschung und der Sicherheit«, begründete der Republikaner Eric Baumgartner die Gründung einer solchen Organisation und fügte an, dass die TRANORA auch für andere »demokratische Staaten« offen sei.

Während einige Mitglieder des Kongresses das Konstrukt an sich kritisierten, kritisierten vor allem die Demokraten die ihrer Ansicht nach zu bürokratisch gestalteten Systeme des Rates: »Was die Regierung Varga hier vorschlägt, ist organisatorischer Schwachsinn. Es bedarf meines Verständnisses etwas mehr, beziehungsweise etwas weniger Organisation. [...] Wenn man eine Union aufbauen möchte, so bedarf es keinesfalls dreier Exekutiven, ohne Vertretung einer Legislativen. Eine parlamentarische Versammlung ist durchaus angebracht. Diese [vorgeschlagene] Kommission ist unsinnig, entweder sie besitzt tatsächliche Macht oder nicht [...]«, so der Demokrat Wesley Marcel Martin. Jetzt wird in der USA über die Ratifizierung des Vertrages zur TRANORA abgestimmt.

In Fuchsen kriselt es an allen Ecken

Der Freistaat Fuchsen erlebt seit dem Anfang des Jahres ihre politisch ruhigste Zeit. Viele Fuchsen betiteln die aktuelle Situation als »Staatskrise«. Andere meinen, die Fuchsen seien politisch nicht »engagiert« genug.

Klasmühlal. So hat sich Kubilay Kleinfuchs (FVP) seine dritte Amtszeit als Hofkanzler des Freistaates Fuchsen sicherlich nicht vorgestellt. Bereits seit Januar erlebt das Land den politischen Stillstand. Ein Hofkanzler, Kleinfuchs, war bereits gewählt, aber schon während der Hofkanzlerwahl konnte beobachtet werden, dass es faktisch keine Opposition mehr gab. Zwar gab es zu Anfang vier Hofräthe; diese wurden aber vor zwei Wochen vollständig entlassen. Manch einer bat um seine Entlassung, manch anderer wurde von Kleinfuchs aufgrund von »Inaktivität« gefeuert. Jetzt sucht der Hofkanzler bereits seit Tagen nach neuen Regierungsmitgliedern, ist aber nur mäßig erfolgreich. Neben einem Hofrath (Minister) für Inneres (Marko Bräuer) gibt es zurzeit auch einen Hofrath für Wirtschaft (Werner Hüsen). Die restlichen Ämter in der Regierung

sind noch vakant, darunter das Amt des Außenministers. Am neunten April gab der Hofkanzler eine Pressemitteilung raus, in der er alle Fuchsen darum bat, darüber nachzudenken, ob man nicht doch weitere Regierungsämter besetzen könnte: »Leider erlebt die fuchsische Politik in diesen Wochen eine sehr desaströse Zeit. Aufgrund der aktuellen allgemeinen Inaktivität und des Desinteresses an der Politik konnte weder die Regierung, noch ihre Instanzen effektiv und aktiv arbeiten. Weder gibt es aktuell eine Opposition, noch kann sich der Freistaat auf politische Diskussionen konzentrieren. [...] Um eine halbwegs effektive Regierungsarbeit zumindest bis zu den Wahlen in einem Monat gewährleisten zu können, bitte ich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger darum, sich um einen Posten als Hofrath zu bewerben.« Viele politische Persönlichkeiten

des Freistaates sind nicht mehr aktiv: Der erste Ministerpräsident des Landes, Hendrik Wegland, hält sich von der Politik fern. Der medienwirksame FVP-Politiker Manfred Hilgenbecker beschäftigt sich ausschließlich mit seinem fast total bedeutungslosen Amt als Stellvertretender Präsident der Volksversammlung. Frühere Hofkanzler wie Gordon Shumway, Daniel Hartbäcker, Sven Wehner (FVP), Alexander Müller oder Samuel Mumm lassen sich nicht mehr blicken. Altkanzlerin Christiane Bergmann-Roh wurde in dieser Woche zur Präsidentin der Volksversammlung gewählt und ist somit definitiv keine Kandidatin für das Amt des Hofkanzlers. Als Kandidat bei den immer näher rückenden Wahlen hat sich bisher nur der aktuelle Wirtschaftshofrath Werner Hüsen gemeldet. Dass die FVP bei diesen Wahlen einen Kandidaten aufstellt, schätzen Beobachter als »äußerst

unrealistisch« ein. Die FVP lebe von belebter Politik und werde sich solange im Hintergrund halten, bis es wieder echte politische Konkurrenz im Freistaat gibt. Während also auf Landesebene viele Ämter unbesetzt bleiben, kriselt es auch in den Provinzen. Es gibt nicht genug Lokalpolitiker, um beispielsweise Finanzpläne für Provinzen zu erstellen und der zentralen Regierung zu übermitteln. Viele Fuchsen betiteln die aktuelle Situation als »Staatskrise«. In einer Umfrage des Senders »Kanal3« werden Umfrageteilnehmer bereits darüber gefragt, ob man an der Direkten Demokratie festhalten solle. Eine Überraschung, also dass sich die Fuchsen mehrheitlich gegen die Direkte Demokratie aussprechen, darf man nicht erwarten. Jetzt werden die Hofkanzlerschaftswahlen als mögliche Lösung abgewartet.

Astor diskutiert über Waffengesetz

Im US-Kongress wird über den Gesetzesentwurf des Basic Regulation of Firearms and Explosives diskutiert. Die Republikaner lehnen ab. Sie wollen nicht, dass so das »Selbstverteidigungsrecht« eingeschränkt wird.

Astoria City. Der Antrag des Demokraten David Clark sorgt für viel Gesprächsstoff. Er will mit seinem Gesetz bewirken, dass Waffen in den USA nicht mehr als alltägliche Ware angesehen und in dieser Weise gehandelt werden. Clark begründete seinen Gesetzesantrag als Eröffnung der Debatte im Kongress und verwies auch auf Ausnahmen und lasche Formulierungen, die insbesondere für die Republikaner eingesetzt worden seien. Diese aber reagierten entschieden und kritisierten hart: »Ich lehne diese Vorlage rundweg ab. [...] [Sie] bestreitet auch das in unserer Kultur und Tradition tief

verankerte Recht auf Selbstverteidigung. Ein freiheitliches Land wie es die Vereinigten Staaten sind lebt vom Vertrauen der Bürger in den Staat und ebenso, wenn nicht noch mehr, vom Vertrauen des Staates in seine Bürger. Heute haben wir ein System dass es jedem Bundesstaat ermöglicht sein Waffenrecht auf die individuellen Bedürfnisse der Bevölkerung abzustimmen. Dieses System hat sich hervorragend bewährt und ich sehe keinen Grund es durch diese zentralistische Regelung zu ersetzen«, so der Republikaner Eric Baumgartner. Seiner Meinung nach sei das Gesetz auch »mehr

als dürftig« formuliert. Auf die Kritik der Republikaner reagierten die Demokraten zum Teil verblüfft. »[...] [W]er schon die bloße Pflicht, sich für den Kauf einer Waffe zu registrieren, als Eingriff in die Bürgerrechte sieht, der lebt möglicherweise in einer Anarchie besser als in einem Rechtsstaat: Wie sollen die Vereinigten Staaten denn die Sicherheit und Bürgerrechte ihrer Bürger gewährleisten, wenn es keinerlei Kontrolle über Schusswaffen gibt?«, sagte David Clark im weiteren Verlauf der Debatte. Neben der Einschränkung des sogenannten Selbstverteidigungsrechtes in den USA kritisierten die

Republikaner auch, dass den Staaten zu wenig Spielraum gegeben werde. George Beccera, Republikaner: »Würde diese Bill verabschiedet werden, würden uns sofort alle Politiker aus den Bundesstaaten - zurecht! - aufs Dach steigen. Damit würde der Kongress die Gestaltungsfreiheit der Staaten stark einengen. Ich befürworte beispielsweise eine sehr liberale Drogenpolitik, eine Pflicht sich zu registrieren lehne ich klar ab. Genau diese Diskussion muss in den Staatenparlamenten geführt werden, aber nicht hier.« Die Fronten bleiben verhärtet und die Debatte im Kongress wird verlängert.

Kommentar

»Waffenverkauf i. d. USA«

von René Glockenberg

Selbstverteidigungsrecht. Das ist Blödsinn. Wir leben nunmehr in einem Zeitalter, in dem wir uns nicht mehr gegenseitig mit riesigem Steinwerkzeug die Köpfe einschlagen müssen, um zu überleben.

Ich würde mich in einem Land, in dem mein Nachbar, mein Lehrer, mein Apotheker, mein Arzt oder sogar mein Bürgermeister eine Waffe bei sich tragen könnte und mit einer Wahrscheinlichkeit von 75 Prozent auch trägt, nicht sicher fühlen. Besonders in einer Zeit, in der es immer mehr Jugendliche gibt, die in sozial schwachen Gegenden aufwachsen und psychische Probleme entwickeln, können wir davon ausgehen, dass es immer Menschen geben wird, die anderen Menschen etwas antun wollen. Dann müssen wir uns eben fragen, was uns wichtiger ist: die Freiheit, eine Waffe zu besitzen oder die Sicherheit vor Verrückten, die dank der Freiheit, eine Waffe zu besitzen, eine Waffe besitzen?

Die Frage ist doch, wann die Bürgerinnen und Bürger der USA überhaupt eine Waffe brauchen, um sich selbst zu verteidigen? Vor wem sollen sie sich verteidigen? Müssen sie sich verteidigen, weil es keine staatliche Autorität gibt, die die Bürger schützt, würde ich dieses »Selbstverteidigungsrecht« nachvollziehen können, aber mit diesem »Selbstverteidigungsrecht« wird den Leuten, die sich sicher fühlen wollen, gar kein Gefallen getan!

Mit dem Verkauf von Waffen können jederzeit große Massen an Menschen bewaffnet werden. Und so kann es erst zu organisiertem Verbrechen kommen. Wenn nur Sicherheitsdienste, Polizei und Armee bewaffnet wären – woher kämen dann die Waffen, um Banken zu überfallen, um Amokläufe an Schulen zu machen oder um einfache Morde zu begehen? Woher kämen sie?

Um es kurz zu formulieren... Die Vereinigten Staaten von Astor lassen zu, dass Leute sich bewaffnen, um sich vor Leuten, die sich dank der Freiheit, sich zu bewaffnen, bewaffnen, zu beschützen.

Das macht keinen Sinn.

Severanien kann nicht wählen

Nach der Verfassung hätte längst ein neuer Präsident gewählt werden müssen. Es findet sich kein Wahlleiter – und Vukans Regierung ist wie ausgestorben.

Vinasy. Laut dem Fernsehsender ZIVOT sind seit dem Mittwochabend in Severanien landesweit bereits über 150 Tausend Menschen auf die Straße gegangen. Sie fordern – wie die Oppositionsparteien NSS und JEDINSTVO – die sofortige Einleitung der nächsten Präsidentschaftswahlen. »In diesem Land werden Wahlen stattfinden und wir werden unseren Präsidenten wählen, basta!«, so der Sozialist Bojan Basovic in einer emotionalen Diskussion mit Politikern, die zum Teil vergessen haben, was zu einer Demokratie gehören: Wahlen. Den Ausspruch »Lang lebe Zar Dusan!« hörte man zwischen zeitlich auch – wie den Satz »Ich bin gegen Wahlen!« von Radovan Radenkovic, einem bekannten Veteranen des Severanischen Befreiungskrieges. Auch der aktuelle Präsident, der im vergangenen Herbst nach einer Protestwelle nur knapp gewählt wurde, Vukan setzt sich nicht für Wahlen ein. Seine Partei, die Sozialnationale Bewegung Allseveraniens ist politische Heimat für unter anderem Haris Lagumdžija, der mit seinen harten Äußerungen gegen Sozialisten (»rote Arbeitsverweigerer«) bekannt geworden ist. Laut dem Bericht des Senders ZIVOT plant die Opposition Streiks und Proteste, bis Wahlen eingeleitet worden sind. Dies aber erweist sich zurzeit als unmöglich bis schwierig: Es findet sich kein Wahlleiter, die Abgeordneten des Bundestages sind fast vollständig inaktiv. Es bleibt letztendlich ein Wettlauf gegen die Zeit: Man munkelt, dass Vukan an seinen Plänen, Severanien radikal umzubauen, festhält.

Instabile Lage in Chinopien

Groß-Chinopien ist nach dem Austritt mehrerer Regionen aus dem Bund der Chinopischen Bundesstaaten wieder Geschichte.

Die politische Situation ist in mehreren Orten äußerst instabil und heikel.

Qianlongjing. »Hiermit erkläre ich gemäß dem in Übereinstimmung mit allen Werktätigen und aller revolutionären Klassen Xinhais gefassten Beschluss des Nationalen Volkskongresses den Austritt der Demokratischen Volksrepublik Xinhai aus dem Bund!«, verkündete Tao Song De Mitte März im Legislativorgan Groß-Chinopiens. Damit war Xinhai dem Austritt des Stadtstaates Diyarasu gefolgt. Dort hatten bei einem Referendum rund 78 Prozent für einen Austritt Diyarasus aus dem Chinopischen Bund gestimmt. Heute erreichen immer mehr besorgniserregende Nachrichten aus der chinopischsprachigen Region: Am Morgen des Montages dieser Woche wurden in der Hauptstadt des sozialistischen Sunya Verkehrsknotenpunkte vom Militär eingenommen und überwacht, Gebäude wurden besetzt bzw. gesichert. Kurz davor hatte der Regierungschef Sun Han angekündigt, die Truppen Sunyas zu mobilisieren und die Grenzen besser zu schützen. Nähere Einzelheiten zur Situation in Sunya gibt es noch nicht. Es wird eine Rede des Regierungschefs erwartet, die die Lage dann offenbaren soll.

REDAKTION

Sitz der Vrijheid: Am Gasometer 19, Grumpach (Fuchsen)

Chefredakteure: Kubilay Kleinfuchs & René Glockenberg

Mediengruppe: Kleinfuchs-AG, Fuchsen

Bildquellen: (Eisbären) Brocken Inaglor (CC-BY-SA 1.0)

Wir suchen Redakteure und Reporter. Bewerben Sie sich jetzt bei der Kleinfuchs-AG. Kubilay Kleinfuchs (MdM oder Fuchsen-Forum) steht für Sie zur Verfügung! *De Vrijheid bedankt sich.*